

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Corona-Impfschäden und post-akut infektiöses Syndrom (PAIS) - Transparente Aufklärung und Hilfe für Betroffene**

Der Landtag stellt fest:

Spät- oder Langzeitfolgen durch das Coronavirus (Long Covid) ähneln in Symptomatik und Behandlung häufig Corona-Impfschäden. Personen, die nach Coronaimpfungen von schwerwiegenden Komplikationen betroffenen waren, wurden bislang in unangemessener Weise stigmatisiert und vernachlässigt. Auch Menschen mit einem anderen post-akut infektiösen Syndrom (PAIS) fanden bislang zu wenig Gehör. Das Auftreten von Long Covid darf nicht als singuläre Problematik betrachtet werden, sondern muss Anlass für eine breitere Behandlung des Themas PAIS sein. Es ist in diesem Bereich noch weitere Forschungsarbeit notwendig.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Aufschlüsselungen und Grafiken, die letztmalig von der Landesregierung im Lagebild „Covid-19“ vom 18. Mai 2022 veröffentlicht wurden, sofort wiedereinzuführen. Hierzu gehört insbesondere die Aufschlüsselung der Sieben-Tage-Inzidenz und der Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz nach Impfstatus. Das Lagebild ist nicht nur an die Abgeordneten zu versenden, sondern ebenfalls den Bürgern niederschwellig zugänglich zu machen.
2. Nebenwirkungen und Impfschäden durch Coronaimpfungen sorgfältig durch die zuständigen Behörden erfassen zu lassen und insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechenden Regelungen des Infektionsschutzgesetzes konsequent beachtet werden.
3. Ambulanzen für Impfgeschädigte im Land Brandenburg einzurichten nach dem Vorbild entsprechender Anlaufstellen an der Berliner Charité oder des Universitätsklinikums Marburg sowie ein Netzwerk für Impfgeschädigte im Land Brandenburg zu initiieren und darauf hinzuwirken, dass sogenannte Long-Covid-Anlaufstellen generell auch für Patienten mit einem anderen post-akuten infektiösen Syndrom (PAIS) und für Impfgeschädigte geöffnet und diese Anlaufstellen diskriminierungsfrei und krankheitsentitätssensibel entsprechend benannt werden.

4. nicht nur für Long Covid, sondern für postinfektiöse Syndrome im Allgemeinen zu sensibilisieren und Impfschäden zu enttabuisieren sowie deren Erfassung und Behandlung entsprechend voranzutreiben.
5. sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass Impfgeschädigte im Gesundheits- und Versorgungswesen angemessen und empathisch Gehör finden. Dafür soll die Landesregierung für das Thema sensibilisieren und es enttabuisieren, z. B. durch eine entsprechende Kampagne unter Mitwirkung der Ärztevertretungen auf Landesebene.
6. Corona-Impfkampagnen des Bundes nicht mehr zu unterstützen und von eigenen Corona-Impfkampagnen, insbesondere von Corona-Impfkampagnen für Kinder und Jugendliche, unverzüglich und konsequent Abstand zu nehmen.
7. sich gegenüber der Bundesregierung und auf EU-Ebene für die vollständige und ungeschwätzte Veröffentlichung aller Verträge und Vereinbarungen mit den Corona-Impfstoffherstellern einzusetzen.
8. die Brandenburgische Leichenschau dokumentations-Verordnung (BbgLDV) dahingehend zu ändern, dass auf dem Totenschein angegeben werden muss, ob eine Coronaimpfung in den letzten zwei Wochen vor dem Tod durchgeführt wurde, und zwar unter Angabe des Impfstoffes; bei Vorliegen des zeitlichen Zusammenhangs soll ein möglicher ursächlicher Zusammenhang zwischen Tod und Impfung durch die zuständigen Behörden abgeklärt werden.

#### Begründung:

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) berichtet in seinem aktuellsten Sicherheitsbericht zu den Covid-19-Impfstoffen von bisher 333 492 Verdachtsfällen auf Nebenwirkungen und 50 833 Verdachtsfällen auf schwerwiegende Nebenwirkungen.<sup>1</sup> Außerdem gab es schon Hinweise auf eine Untererfassung der Zahlen zu Nebenwirkungen, wie z. B. durch das Schreiben des damaligen Vorstands der Krankenkasse BKK ProVita vom 21. Februar 2022 bekannt wurde. Für seine sachdienliche Veröffentlichung wurde der betreffende Vorstand der BKK ProVita entlassen.<sup>2</sup> Dabei wollte er lediglich die Daten nach § 13 Absatz 5 IfSG dem Paul-Ehrlich-Institut bzw. dem Robert-Koch-Institut zur Verfügung stellen. Berechtigte Kritik an und Bedenken zu den Corona-Impfstoffen wurden lange mit sachfremden Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht.<sup>3</sup> All dies erzeugte ein gesellschaftliches Klima, in dem sogar Ärzte, augenscheinlich aus Furcht vor Stigmatisierung oder gar Repressalien, Corona-Impfgeschädigte nicht mehr ernst nahmen.

Die Daten aus Brandenburg zeigen die dringende Notwendigkeit einer besseren Erfassung.

---

<sup>1</sup> Vgl. „Bulletin zur Arzneimittelsicherheit“, in: [https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/bulletin-arzneimittelsicherheit/2022/4-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/bulletin-arzneimittelsicherheit/2022/4-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (Dezember 2022), S. 29, abgerufen am 10.01.2023.

<sup>2</sup> Vgl. „BKK ProVita entlässt Vorstand Schöfbeck ‚mit sofortiger Wirkung‘“, in: <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Umstrittener-Bericht-ueber-Impfschaeden-BKK-ProVita-entlaesst-Vorstand-Schoefbeck-427223.html> (02.03.2022), abgerufen am 22.09.2022.

<sup>3</sup> Vgl. „Wie Verschwörungsideologien Hass säen“, in: <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-04-11-2021/im-sog-der-luegen-wie-verschwoerungsideologien-hass-saeen.html> (04.11.2021), abgerufen am 21.09.2022.

Nach der Kleinen Anfrage Nr. 2333 (Drucksache 7/6476<sup>4</sup>) der AfD-Fraktion, über die z. B. auch *Der Prignitzer*<sup>5</sup> am 24. Oktober 2022 berichtete, wurden 143 Verdachtsmeldungen auf eine „über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehende gesundheitliche Schädigung im zeitlichen Zusammenhang mit einer Covid-19-Impfung“ nach § 11 Abs. 4 IfSG gemeldet. Auffällig ist der hohe Anteil von stationären Behandlungen bei den Verdachtsfällen; in der Altersgruppe von 18 bis 59 Jahren betrug er rund 34 Prozent und in der Altersgruppe ab 60 Jahre sogar rund 55 Prozent. Es besteht außerdem eine große Diskrepanz zur Anzahl der Anträge auf Versorgung nach § 60 Absatz 1 IfSG: Hier sind 142 Anträge beim Landesamt für Soziales und Versorgung eingegangen, wobei davon z. B. bei 38 Anträgen Hirnschäden/Lähmungen, bei 36 Anträgen sonstige Nervenschädigungen und bei 46 Anträgen Herz-/Kreislaufkrankungen geltend gemacht wurden. Auch dies deutet auf eine starke Untererfassung der Impfn Nebenwirkungen hin.

Die Landesregierung hat sowohl die Impfkampagne des Bundes vollumfänglich unterstützt als auch ihre eigene Kampagne durchgeführt. Daher steht sie in der Verantwortung für jene Menschen in Brandenburg, die durch die Coronaimpfung zu Schaden gekommen sind. Hierzu gehört es, in Brandenburg Anlaufstellen für diese Menschen zu schaffen. Aktuell gibt es in der Bundesrepublik lediglich zwei Ambulanzen, die sich mit Impfgeschädigten befassen: an der Berliner Charité und am Universitätsklinikum Marburg. Termine sind auf Monate ausgebucht, was den hohen Bedarf für dieses spezielle medizinische Angebot eindrucksvoll belegt.<sup>6</sup> In der Anhörung zum Thema Long Covid im Rahmen der 82. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 11. Januar 2023 wurde außerdem deutlich, dass die Themen Long Covid und bleibende Schäden durch die Coronaimpfung zusammen gedacht werden müssen. Die angehörten Experten waren sich einig, dass Long Covid und das Post-Vac-Syndrom häufig eine ähnliche Symptomatik aufweisen und eine Unterscheidung zum Teil schwierig ist. Der Angehörte Prof. Dr. Sönnichsen verwies hierzu auf die unzureichende Studienlage; die Angehörte Dr. Frömmhold bestätigte eine ungefähre Verteilung von 50 zu 50 in ihrer Einrichtung (bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt der Impfkampagne). Die Experten sprachen sich für eine Intensivierung der Forschung, sowie eine Ausweitung des Behandlungs- bzw. Einrichtungsangebotes im Sinne einer Ausdehnung auf alle Formen von PAIS und Impffolgeschäden aus.

Staatliche Corona-Impfkampagnen sind teuer, das Nebenwirkungsprofil der Coronaimpfung ist hoch und die Impfbereitschaft der Bevölkerung ist mittlerweile sehr niedrig (siehe Corona-Lagebilder der Landesregierung). Nach der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2279 der AfD-Fraktion (Drucksache 7/6373), über die z. B. auch die Online-Tageszeitung *The Germanz* am 4. Oktober 2022 berichtete,<sup>7</sup> hat z. B. im März 2022 eine Impfung im Landkreis Oberspreewald-Lausitz den Steuerzahler 1.600 Euro gekostet. Es ist daher Zeit, auf staatliche Impfkampagnen konsequent zu verzichten und Beratung sowie Aufklärung in die Hand der Ärzteschaft mit ihrem Regelsystem zu legen, so wie es bei anderen Impfungen auch gehandhabt wird.

---

<sup>4</sup> Vgl. „Impfn Nebenwirkungen, Impfschäden sowie Versorgung bzw. soziale Entschädigung nach dem Bundesversorgungsgesetz mit Bezug zu Impfungen gegen SARS-CoV-2 (Coronavirus) im Land Brandenburg“, in: [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_6400/6476.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_6400/6476.pdf) (19.10.2022), abgerufen am 03.11.2022.

<sup>5</sup> Vgl. *Der Prignitzer*, S. 5, vom 24.10.2022.

<sup>6</sup> Vgl. ebd. sowie „Wenn die Corona-Impfung zu Krankheits-Symptomen führt“, in: <https://www.mdr.de/brisant/krank-impfung-104.html> (04.07.2022), abgerufen am 21.09.2022.

<sup>7</sup> Vgl. *Der Prignitzer*, S. 5, vom 24.10.2022.

Insbesondere Impfkampagnen für Kinder und Jugendliche sind abzulehnen. Es gibt ernstzunehmende Hinweise darauf, dass die neuartigen mRNA-Impfstoffe bei Jugendlichen und Erwachsenen im jungen und mittleren Alter überdosiert sind. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis insbesondere bei Kindern und jungen Erwachsenen war bereits bei der STIKO-Empfehlung im Sommer 2021 fraglich, als diese hauptsächlich mit sozialen Aspekten begründet wurde.<sup>8</sup> Mit Omikron und seinen milden Verläufen hat sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis erheblich zuungunsten der Impfung verschoben und bedarf einer Neubewertung. Andere Länder wie Schweden und Dänemark sind schon weiter und lehnen die Kinderimpfung ab.<sup>9</sup>

Außerdem ist das Zurückhalten von hochrelevanten Informationen auf EU-Ebene<sup>10</sup> bei einem derart umstrittenen Thema wie den Coronaimpfungen, die das Potential haben, sich zu einem historischen Medizinskandal zu entwickeln,<sup>11</sup> ein nicht zu tolerierender Zustand. Um eine akkurate Aufklärung überhaupt zu ermöglichen, muss sich die Landesregierung deshalb für die vollständige und unzensurierte Veröffentlichung der Verträge mit den Impfstoffherstellern einsetzen.

Des Weiteren trägt das Vorgehen der Landesregierung mit Blick auf ihre Covid-19-Lagebilder zusätzlich dazu bei, dass sich der Eindruck einer Verschleierungsabsicht aufdrängen kann. Bis zum 18. Mai 2022 wurde das Corona-Lagebild detailliert ausgestaltet. Hierzu gehörte z. B. auch die Aufschlüsselung der Sieben-Tage-Inzidenz und der Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz nach Impfstatus. Mit dem Lagebild vom 19. Mai 2022 wurde dies abgeschafft. Interessanterweise lag bei der letztmaligen Aufschlüsselung am 18. Mai 2022 bei grundimmunisierten Personen sowohl eine deutlich höhere Sieben-Tage-Inzidenz als auch Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz vor als bei ungeimpften Personen. Dies lässt die Umgestaltung des Covid-19-Lagebildes durch die Landesregierung in einem unseriösen Licht erscheinen. Außerdem ist es unverständlich, dass das Corona-Lagebild bisher nur den Abgeordneten zur Verfügung gestellt wird. Es ist kein Grund ersichtlich, warum die Brandenburger nur durch das deutlich detailärmere Dashboard<sup>12</sup> auf der Internetpräsenz des Ministeriums informiert werden.

---

<sup>8</sup> Vgl. „Epidemiologisches Bulletin“, in: [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/33\\_21.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/33_21.pdf?__blob=publicationFile) (19.08.2021), S. 4, abgerufen am 03.11.2022

<sup>9</sup> Vgl. „Ärzte warnen vor 2G und Impfdruck bei Kindern“, in: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus239632763/Stiko-Empfehlung-Aerzte-warnen-vor-2G-und-Impfdruck-bei-Kindern.html> (30.06.2022), abgerufen am 03.11.2022.

<sup>10</sup> Vgl. „Corona-Impfstoffverträge: Kommission wegen mangelnder Transparenz unter Beschuss“, in: <https://www.euractiv.de/section/gesundheit/news/corona-impfstoffvertraege-kommission-wegen-mangelnder-transparenz-unter-beschuss/> (20.10.2022), abgerufen am 10.01.2023.

<sup>11</sup> Vgl. „Corona-Impfung: Vom ‚Game-Changer‘ zum Medizinskandal“, in: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20220919\\_OTS0066/corona-impfung-vom-game-changer-zum-medizinskandal](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220919_OTS0066/corona-impfung-vom-game-changer-zum-medizinskandal) (19.09.2022), abgerufen am 10.01.2023.

<sup>12</sup> Vgl. „COVID-19: Fallzahlen in Brandenburg“, in: <https://corona.brandenburg.de/corona/de/fallzahlen/> (01.09.2022), abgerufen am 01.09.2022.